



Konferenz zur Zukunft Europas

Mündliche Anhörung des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 10. November 2021

Die Europa-Union Schleswig-Holstein und die Europäische Bewegung Schleswig-Holstein bedanken sich für die Gelegenheit einer mündlichen Stellungnahme im Rahmen der Anhörung des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags.

Aufgrund der Vielzahl von eingeladenen Fachverbänden und Verein, die auf ihre jeweiligen fachspezifischen Themen eingehen werden, beschränkt sich unsere Stellungnahme auf die grundsätzlichen politischen Fragenstellungen des Fragenkatalogs sowie auf das Thema politische Bildung. Das heißt nicht, dass unsere Verbände zu den übrigen Themen keine eigene Stellungnahme abgeben könnten. Dieses würde aber den Rahmen der Anhörung sprengen.

Wie kann die wachsende Kluft zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den EU-Institutionen verringert werden (mehr Bürgernähe, „Europa der Bürgerinnen und Bürger“)?

Die EU hat sich in den vergangenen Jahrzehnten immer weiterentwickelt. Etwa mit der Direktwahl des Europäischen Parlaments ab 1979 oder der Einführung der Europäischen Bürgerinitiative durch den Lissabon-Vertrag. Viele Erfolge der EU werden dabei als Selbstverständlichkeit wahrgenommen: Grundrechte, Unionsbürgerschaft, grenzenloses Reisen, die Gemeinschaftswährung Euro, Abschaffung der Roaminggebühren, das ERASMUS-Programm – die Liste ist lang.

Dennoch sind viele Bürgerinnen und Bürger von der Europäischen Union enttäuscht. Dies drückt sich aus in Euroskeptizismus und erstarkendem Nationalismus in vielen Ländern Europas. Auch das Scheitern des EU-Verfassungsvertrags im Jahr 2005 und die Entscheidung der britischen Bevölkerung für den Brexit belegen diese Enttäuschung und Unzufriedenheit. In Deutschland hat erstmals eine im Bundestag vertretene Partei den Austritt unseres Landes aus der EU in ihr Bundestagswahlprogramm aufgenommen. Einen erheblichen Anteil an dieser Entwicklung hat die Vielzahl der europäischen Krisen: Die sogenannte Eurokrise, die andauernden Flüchtlingsdramen oder zuletzt die zu langsame zentrale Beschaffung von Impfstoffen haben die EU in keinem guten Licht erscheinen lassen.

Bei diesen Krisen ist jedoch keineswegs die EU an sich das Problem, sondern ihre strukturelle Handlungsunfähigkeit. Es ist klar, dass etwa eine gemeinsame Währung und eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik miteinander einhergehen müssen. Dass die EU die entsprechenden Kompetenzen nicht hat, liegt an den Mitgliedstaaten, die der EU die notwendigen politischen Instrumente nicht an die Hand geben wollen. Es ist gut und richtig, dass die EU sich um Fragen von Asyl und Migration kümmert, doch die Blockade im Rat macht die EU auch hier handlungsunfähig. Wenn die Mitgliedstaaten nicht in der Lage sind eine Entscheidung zu treffen, dann gibt es derzeit gar keinen Fortschritt.

In den öffentlichen Debatten um die EU und ihre Krisen wird oft übersehen, dass „die EU“ eben nicht nur „Brüssel“ ist, sondern zugleich immer auch Berlin, Budapest und Bratislava; die Macht und Verantwortung der Mitgliedstaaten muss viel öfter und öffentlicher in die Bewertung einfließen. In deren Gremium – dem Rat – gibt es intransparente Entscheidungsprozesse. Viel zu oft werden außerdem das blockierende Einstimmigkeitsprinzip angewandt und dringende Entscheidungen vertagt. All diese Beispiele zeigen, dass institutionelle Reformen längst überfällig sind. Mit einem schlichten „Weiter so“ wird die EU keine Zukunft haben.

„Wir einigen keine Staaten, wir bringen Menschen einander näher.“ Mit diesen Worten beschrieb einst Jean Monnet, einer der Architekten der Europäischen Union, das Leitbild des europäischen Integrationsprozesses. Die Bürgerinnen und Bürger sollten in dessen Mittelpunkt stehen und sich aktiv an der Gestaltung der EU beteiligen. Das Europa der Bürger wurde dieses Konzept benannt.

In der politischen Wirklichkeit wurde der Einigungsprozess von den nationalen Regierungen und der Kommission „von oben“ gesteuert.

Es ist daher längst überfällig, unsere Bürgerinnen und Bürger wieder in den Mittelpunkt des europäischen Einigungsprozesses zu stellen.

Wichtig ist, was die Menschen in der EU denken und welche Erwartungen sie haben. Dieses zu erfahren ist Ziel der Zukunftskonferenz. Die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger und der organisierten Zivilgesellschaft wird von zentraler Bedeutung sein für einen Erfolg der Zukunftskonferenz. Denn insbesondere ihre Ideen sind es, die wir für die Zukunft der EU jetzt benötigen.

Der bisherige Verlauf der Zukunftskonferenz zeigt aber auch den gravierenden Mangel, dass es bisher keine europäische Öffentlichkeit gibt. Es existieren zu wenig Medien und Multiplikatoren, die über den politischen Diskurs zur Einigung Europas und den direkten Mehrwert für die Menschen aus europäischer Sicht berichten. Im Mittelpunkt der Berichterstattung steht nur das nationale Interesse.

Dieses zeigt sich auch bei der Zukunftskonferenz. Es wird zu wenig darüber berichtet, so dass die Veranstaltungen keinen ausreichend großen Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung haben. Es besteht die Gefahr, dass wieder nur die ohnehin schon Europainteressierten erreicht werden. Hier muss gegengesteuert werden!

Dieses braucht Zeit und daher darf die Konferenz nicht schon während der französischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2022 beendet werden. Zu diesen Zeitpunkt sollte zunächst ein Zwischenbericht abgegeben werden. Es muss weitergehen, um genügend Raum für die Beratungen und für einen Prozess zu haben, in dem die Verbindlichkeit der erarbeiteten Vorschläge der Zukunftskonferenz geregelt wird. Auch die Online-Plattform darf nicht schon im Dezember beendet werden.

Die Zukunftskonferenz könnte so ein Mittel sein, die Kluft zwischen den Menschen in Europa und den europäischen Institutionen zu verringern.

Dauerhaft benötigen wir aber eine europäische Öffentlichkeit, die durch Medien und Multiplikatoren sichergestellt wird. Eine wichtige Rolle können dabei auch die regionalen Parlamente sowie die Kommunen übernehmen. Es muss den Menschen verdeutlicht werden, welche positive Entwicklungen für ihr tägliches Leben durch europäische Entscheidungen initiiert werden. Dazu gehören auch die EU-Förderprogramme für Investitionen vor Ort.

Verstärkt sollten dazu auch die Social-Media-Kanäle genutzt werden. Für Schleswig-Holstein könnte beispielsweise die Europa-Union und die Europäische Bewegung einen News-Kanal oder EU-Blog zu den Themen „EU-News für Schleswig-Holstein“ und „Schleswig-Holstein in Europa“ entwickeln, in dem regelmäßig in kurzen Beiträgen in Zusammenarbeit mit dem Hanse-Office über Neuigkeiten berichtet wird, die regionale und lokale Auswirkungen haben.

Wie kann die Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament gesteigert werden?

Wir brauchen eine neue Begeisterung für Europa, eine neue Erzählung, warum ein geeintes Europa die Probleme der Zukunft besser löst als die kleinen Nationalstaaten in Europa. Wir müssen erklären warum eine europäische Identität nicht den Verlust der unterschiedlichen Kulturen und Traditionen bedeutet, sondern eine Bereicherung darstellt.

Der spanische MdEP Esteban Gonzalez Pons hatte in einem flammenden Appell während der BREXIT-Debatte im EP 2017 gesagt:

“Europa ist nicht nur ein Markt, es ist der pure Wille in einer Gemeinschaft zusammen zu leben.

Wir können einen gemeinsamen Markt haben, aber wenn wir keine gemeinsamen Träume haben, haben wir nichts.“

Das eine Mobilisierung der Menschen für Europa möglich ist, hat die letzte Wahl zum Europa-Parlament gezeigt. Tausende gingen als „Pulse of Europe“ unterstützt von unseren Verbänden auf die Straßen und Plätze und warben für die europäische Idee. Dadurch wurde die Wahl in den Köpfen der Menschen präsent. Die Wahlbeteiligung stieg in Deutschland von 48,1% (2014) auf 61,4% (2019).

Eine weitere Rolle spielte sicher auch, dass es Spitzenkandidaturen der Parteien gab mit der Erwartung, dass aus ihrem Kreis aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Parlament die Präsidentschaft der Kommission besetzt würde.

Diese Erwartungshaltung erhielt einen schweren Rückschlag dadurch, dass die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat das Votum der europäischen Wählerinnen und Wähler bei der folgenden Wahl der Kommissionspräsidentin einfach übergingen.

Um die Wahlbeteiligung zu stärken, muss den Menschen deutlich werden, dass sie durch die Abgabe ihrer Stimme wirklich direkten Einfluss auf die europäische Politik haben.

Die Europa-Union Deutschland setzt sich daher ein für ein unionsweit harmonisiertes Wahlsystem – auch Deutschland hat hier noch Hausaufgaben zu machen – mit transnationalen Listen sowie europäischen Parteien mit demokratischen Strukturen,

europäischen Programmen und europäischen Spitzenkandidatinnen und -kandidaten, deren Wahl auch tatsächlich zur Leitung der EU-Kommission führt.

Um die EU gerade auch mit Blick auf globale Herausforderungen handlungsfähiger zu machen, empfehlen wir die weitgehende Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat und eine ausreichende eigene finanzielle Ausstattung der EU (z.B. EU-Finanztransaktionssteuer, EU-Digitalsteuer) für die ihr übertragenen Aufgaben.

Wie können junge Menschen für die Zukunft Europas sensibilisiert und besser über europäische Themen informiert werden?

Auch junge Menschen betrachten die Europäische Union und den demokratischen Prozess in der EU häufig als etwas, das sie nur wenig betrifft. Dabei gilt auch für junge Menschen, dass die Entscheidungen der europäischen Politik den Verlauf und die Qualität des täglichen Lebens stark beeinflussen. Sie ignorieren leider oft, die Möglichkeiten sich über die EU-Politik zu informieren und kennen daher auch nicht die Möglichkeiten wie sie darauf Einfluss nehmen können.

Dieses zu ändern, ist vorrangig eine Aufgabe der politischen Bildung, die von unseren Verbänden in Schleswig-Holstein intensiv und erfolgreich wahrgenommen wird.

Schülerinnen und Schüler werden aktiv an Planspielen und Aktionstagen beteiligt. Dafür wird es im Vorfeld Gruppenleiterschulungen für die Schülerinnen und Schüler geben. Sie werden von „Teamerinnen und Teamern“ unserer Verbände für diese Aufgabe geschult, um bei Aktionen und Planspielen eine Kleinstgruppe ihrer Schule anzuleiten. Gemeinsam werden so alle Schülerinnen und Schüler zur aktiven Teilnahme bewegt. Wir wollen ihnen dadurch ein Verständnis für europäische Politik, Institutionen und Entscheidungsfindung durch die Simulation einer europäischen Institution (Europäischer Rat oder Parlament) näherbringen. Denn wer selbst ausprobiert hat, wie es ist, Abgeordnete oder Minister zu sein, bekommt einen anschaulichen und viel tieferen Einblick in die EU und ihre Arbeitsweise, als „trockener“ Unterricht dies ermöglichen würde. Ein Planspiel oder eine Simulation bleibt in Erinnerung. Die Teilnehmenden lernen die Arbeit der Abgeordneten zu schätzen und gewinnen selbst Freude an politischen Prozessen. Im „Europäischen Jahr der Jugend 2022“ planen wir etwa 30 bis 40 entsprechende Veranstaltungen. Darüber hinaus werden auch mehrtägige Europa-Klassenfahrten angeboten.

Die Angebote sollen sowohl als Präsenzveranstaltungen, als auch als digitale und hybride Formate durchgeführt werden.

Die Schulen fragen diese Veranstaltungen, die von unseren studentischen Mitgliedern (Junge Europäische Föderalisten) durchgeführt werden, sehr stark nach.

Das Interesse junger Menschen an Europa kann also durch politische Bildung geweckt werden. Diese Aufgabe der unterschiedlichen Bildungsträger muss weiter ausgebaut werden.

Weiterhin muss über die politischen Entscheidungen der EU und ihrer konkreten Auswirkungen vor Ort transparent und verständlich berichtet werden, damit „Fake News“ rechtzeitig begegnet werden kann.

Die Europa-Union/Europäische Bewegung nutzen dazu bereits die Social-Media-Kanäle mit großem Erfolg für ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit.

Über **Instagram** (bis 400 Personen konstant erreicht), **Facebook** (bis zu 1.100 Kontakte pro Beitrag) und **TikTok** (Videos mit bis zu 600.000 Aufrufen und 11.800 Follower) wird eine große Reichweite erreicht.

Daneben werden zu ausgesuchten Themen eigene Videoclips produziert und auf **YouTube** eingestellt.

Der Fokus wird bei den Zielgruppen auf Studierende, Schülerinnen und Schüler sowie Azubis gelegt. Mithilfe von SMARP (Sharp Employee Communication App = Content-Drehscheibe für interne und externe Inhalte von Unternehmen) und den Newslettern der Kommission werden i.d.R. mehrmals pro Woche Infos der EU-Kommission und des EU-Parlaments veröffentlicht

Dieses könnte beispielsweise zu einer umfassenderen News-Plattform für Schleswig-Holstein ausgebaut und betrieben werden.

Wie kann die Mobilität von Auszubildenden und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verbessert werden?

Wichtigste Voraussetzung für das Gelingen des europäischen Einigungsprozess ist es, dass die Menschen in Europa sich im jeweiligen Alltag kennenlernen und die Kultur und Traditionen des anderen verstehen lernen. Dieses gelingt am besten, wenn man eine Zeitlang in einem der anderen Länder lebt.

Dieses kann auch beruflich vorteilhaft sein. Immer häufiger werden internationale Berufserfahrungen Teil des beruflichen Anforderungsprofils. Daher stellen Auslandsaufenthalte in der beruflichen Aus- und Weiterbildung eine hervorragende Möglichkeit dar, internationale Berufskompetenzen zu erwerben.

Bisher waren allerdings vor allem junge Studierende in internationalen Studiengängen im Focus der grenzüberschreitenden Ausbildung.

Aufenthalte im europäischen Ausland für Auszubildende in der dualen oder schulischen Berufsausbildung waren eher die Ausnahme, obwohl auch hier bereits EU-Fördermöglichkeiten bestanden.

Das neue EU-Förderprogramm „ERASMUS+“ wendet sich nun auch gezielt an diesen Personenkreis. Hierzu muss umfangreich öffentlich informiert und geworben werden, damit diese Chancen von allen wahrgenommen werden können. Hierzu müssen auch besonders Personen mit Handicaps im Rahmen der sozialen Teilhabe gefördert werden

Berufsschulen, IHKs und Handwerkskammern müssen Ausbildungsgänge überprüfen und ggfs. verändern, damit Zeiten der Auslandsaufenthalte entsprechend berücksichtigt und honoriert werden können.

Die Mobilität in Ausbildung und im Beruf ist eines der wichtigsten Elemente für die Zukunft Europas. Nur so kann die garantierte Grundfreiheit auf Freizügigkeit in der Europäischen Union auch real ausgeübt werden.

Diese Förderprogramme müssen weiter ausgebaut werden.